



Bericht

Die Zukunft gemeinsam gestalten

Informations- und Arbeitstreffen mit den Migrant*innenorganisationen vom 20. Januar 2007

Organisation

Das Treffen wurde gemeinsam vom Ausländerbeirat der Stadt Zürich (ABR) und der Integrationsförderung organisiert und durchgeführt.

Zielgruppen

Eingeladen waren alle Ausländerorganisationen und religiöse Vereinigungen mit Sitz in der Stadt Zürich oder naher Umgebung. Es wurden insgesamt 267 Adressen angeschrieben, wovon sich relativ viele als nicht mehr gültig erwiesen.

Teilnehmerzahl

Insgesamt nahmen 167 Personen teil. Sie vertraten rund 80 Organisationen und dabei die wichtigeren Vereine zu einem sehr hohen Prozentsatz.

Einführungsreferate

Nach dem Begrüssungsreferat von Stadtpräsident Elmar Ledergerber, in welchem auf die Bedeutung der Ausländerorganisationen sowie auf die neuen integrationspolitischen Schwerpunkte der Stadt hingewiesen wurde, wurden die Aufgaben des Ausländerbeirates und der Integrationsförderung vorgestellt.

Workshops

Es fanden 7 parallele Workshops zu folgenden Themen statt:

- Chancengleichheit (1mal)
- Integration (3mal)
- Kommunikation zwischen den Migrant*innenorganisationen und der Stadt (1mal)
- Partizipation, Mitwirkung (2 mal)

Resultate aus den Workshops

- Grundsätzliche Feststellung: Die Teilnehmenden sind der Ansicht, dass in der Schweiz und insbesondere in Zürich eine vergleichsweise **überdurchschnittliche Toleranz** gegenüber AusländerInnen vorhanden ist. Auch wird das, was die Stadt bisher gemacht hat, als gut eingeschätzt.
- Der gesellschaftliche **Partizipationsgrad** ganz allgemein von MigrantInnen wird einhellig als zu tief erachtet. Es wird ein gewisses Desinteresse von Seiten vieler MigrantInnen festgestellt. Beispiele: Schule und Elternarbeit; Besuch von Deutschkursen; Beteiligung an Quartieraktivitäten. Genannte Gründe für das verbreitete Desinteresse: Scham über die fehlende sprachliche Kompetenz; Fixierung aufs Geldverdienen; Leben in der eignen Community, emotionale Beziehungslosigkeit zum Schweizer Leben und zu den Einheimischen. Unter diesem Desinteresse haben die Kinder der MigrantInnen zu leiden. Deshalb werden teilweise "Zwangsmassnahmen" gefordert wie z.B. obligatorische Kurse.
- **Sprache** wird als zentral angesehen für die Partizipation. Gewünscht wird eine bessere Information über das Deutschkursangebot. Die Kurskosten sind für die Gruppe der "working poor" ein Hindernis, um einen Deutschkurs zu besuchen. Hier wird Hilfe von der Stadt oder vom Arbeitgeber erwünscht.

- **Faktor Zeit:** Integration ist ein Prozess. Es braucht Angebote und Massnahmen an verschiedenen "Stationen" des Lebens in der Schweiz. Es ist wichtig, schon bei der Anmeldung auf dem Kreisbüro über Angebote, Rechte und Pflichten zu informiert werden, aber auch bei späteren Behördenkontakten kann ein "Nachhaken" notwendig sein.
- Die **Rolle des Ausländerbeirates** (ABR) ist noch nicht ausreichend klar. Die Mitglieder des ABR könnten Kontakte aufnehmen mit Migrations-Fachleuten (Personen mit eigenem Migrationshintergrund) im Gemeinderat und in den Parteien.
- **Rolle der Stadt:** Erwünscht werden
 - Hilfe bei der Vernetzung zwischen Migrant*innenorganisationen und Schweizer Vereinen.
 - Hilfe bei der Vernetzung zwischen den Migrant*innenorganisationen.
 - Bessere Koordination von Projekten. Zuständigkeiten klären und transparent machen.
 - Teilnahme von städtischen VertreterInnen (Verwaltung und Politik) an Vereinsanlässen.
 - Bessere Information zu Angeboten und zu integrationspolitischen Themen generell.
 - Finanzielle Hilfen und Bereitstellen von Infrastruktur, insbesondere bei Vereinen, die ein eigenes Beratungsangebot haben.
- **Rolle der Migrant*innenorganisationen**

Die Organisationen sind bezüglich Geschichte, Ziele und Aktivitäten sehr heterogen. Sie leisten sehr wertvolle Arbeit für ihre Landsleute, bieten Kontakte, soziale Hilfe, Freizeitprogramme. Ein grosses Anliegen ist die Pflege der heimatlichen Kultur / Religion, aber auch die Unterstützung der Mitglieder bei der Integration.

Generell scheint es schwierig zu sein, junge Leute, Angehörige der zweiten und dritten Generation für die Vereinsarbeit zu gewinnen.

Es wird festgestellt und bemängelt, dass sich die Organisationen untereinander kaum kennen. Eine gegenseitige Information, Teilnahme an Anlässen, gemeinsame Veranstaltungen und Erfahrungsaustausch werden erwünscht.

Ebenso möchten die Migrant*innenorganisationen vermehrte Kontakte zu Schweizer Vereinen, insbesondere zu Quartiervereinen und lokalen Akteuren.

Folgerungen

Es bestehen gemeinsame Interessen von Stadt und Organisationen: Die MigrantInnen sollen sich in Zürich wohl fühlen, an Vereinsaktivitäten teilnehmen, sich in geeigneter Weise über Integrationsangebote, über Rechte und Pflichten informieren und sich an gesellschaftlichen Prozessen beteiligen. Im Integrationsprozess leisten sowohl die Organisationen als auch die Stadt Unterstützung.

Massnahmen:

- Die Kontakte zwischen der Integrationsförderung, dem Ausländerbeirat und den Migrant*innenorganisationen werden regelmässig gepflegt. Es findet jedes Jahr ein Treffen statt, zu dem alle Organisationen eingeladen werden. Zusätzlich werden (je nach Bedarf) jährlich zwei bis drei kleinere, themenbezogene Arbeitstreffen organisiert.
- Die Integrationsförderung erstellt eine Adressliste, veröffentlicht diese (mit Einverständnis der Vereine) auf der Website und sorgt für eine laufende Aktualisierung.
- Es wird geprüft, in welchem Rahmen ein zweckmässiger (allgemeiner und themenspezifischer) Informationsaustausch zwischen Integrationsförderung, Ausländerbeirat und Migrant*innenorganisationen aufgebaut werden kann: Website, Versände, Treffen, Newsletter, direkte Kontakte, etc.
- Im Rahmen der Evaluation wird die Rolle des Ausländerbeirates besser geklärt und danach entsprechend kommuniziert.